

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ausbau von Bahnverbindungen statt Küstenautobahn

Der Bau der geplanten Küstenautobahn bedeutet für den Elbe-Weser-Raum Transitverkehre, zusätzliche Immissionen, Lärmbelästigung, Landschaftszerstörung und eine Beeinträchtigung des Tourismus. Der Beitrag der geplanten Verbindung von Westerstede nach Stade durch den Wesertunnel zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung in Bremen, Bremerhaven und in der Region ist fraglich. Ein entscheidender strukturpolitischer Gewinn für den Elbe-Weser-Raum bzw. des Weser-Ems-Raumes ist nicht erkennbar.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Eine Initiative Bremens zur Aufnahme der Küstenautobahn in den Bundesverkehrswegeplan wird nicht für erforderlich gehalten.
2. Der Senat wird aufgefordert, in Abstimmung mit Niedersachsen Initiativen zu ergreifen mit dem Ziel der Erarbeitung und Umsetzung eines flussübergreifenden Regionalkonzepts für den Verkehr mit ausreichenden Standards für den Öffentlichen-Personennahverkehr (ÖPNV) und für den Schienen-Personennahverkehr (SPNV).
3. Hinsichtlich des geplanten Tiefwasserhafens sind, in Abstimmung mit den Beteiligten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, überregionale Konzepte für einen umweltverträglichen Ausbau der schienen- und wassergebundenen Hinterlandverkehre sowie für eine Einbindung der Küstenschifffahrt zu erarbeiten.

Schramm,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen